



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 7. FEBRUAR 2024

Kompromiss über Ukraine-Finanzhilfe erreicht

Die Monatswende brachte gleich zwei wichtige Entwicklungen in den ukrainisch-ungarischen Beziehungen. Am Montag, den 29. Januar 2024, traf sich der Außenminister Ungarns, Péter Szijjártó, mit seinem ukrainischen Amtskollegen Dmytro Kuleba in der westukrainischen Stadt Ungvár (Uschhorod). Dem Treffen der beiden Außenminister wohnte zudem der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Andrij Jermak, bei. Zentrales Thema des Treffens war der schon lange schwelende Konflikt um die Bewahrung und Wiederherstellung der Minderheitenrechte in der Ukraine. Besonders die Situation der ungarischen Minderheit in der Karpatenukraine war von ungarischer Seite immer wieder kritisiert worden. Beide Seiten einigten sich auf die Schaffung einer operativen Arbeitsgruppe, welche nun konkrete Vorschläge zur einvernehmlichen Lösung dieses Problems liefern soll. Szijjártó betonte, dass Ungarn fest an der Seite der Ukraine und ihrer territorialen Integrität stehe und verwies auf die bereits geleistete Hilfe Ungarns für die Ukraine und die ukrainischen Familien. Ungarn, so Szijjártó, habe seine Grenzen für mehr als eine Million Ukrainer geöffnet, weiteren 500.000 Familien in der Ukraine humanitäre Unterstützung bereitgestellt und beteilige sich zudem am Wiederaufbau von Schulen und Krankenhäusern, wie beispielsweise im Kiewer Vorort Butscha. Obgleich das Treffen keinen Durchbruch in den ungarisch-ukrainischen Beziehungen brachte, ist die symbolische Bedeutung dieser ersten Reise des ungarischen Außenministers in die Ukraine seit Beginn des Krieges nicht zu unterschätzen.

Auch in die Frage der weiteren EU-Finanzhilfen kam Bewegung. Am Donnerstag, den 1. Februar 2024, einigten sich die Staatschefs in Brüssel auf einen Kompromiss, dem nun auch Ungarn zustimmte. Die Ukraine soll nun bis 2027 insgesamt 50 Mrd. Euro erhalten, wobei über die Verwendung der Mittel jedes Jahr erneut beraten werden soll. Falls nötig kann der Europäische Rat die Kommission nach zwei Jahren ersuchen, einen Vorschlag zur Überarbeitung vorzulegen. Im Rahmen dieser Überprüfung soll auch die zukünftige Situation des EU-Haushaltes mitberücksichtigt werden. Mit seiner Forderung, die Ukrainehilfe jedes Jahr erneut einstimmig zu verabschieden, konnte sich Ungarn jedoch nicht durchsetzen. Der nun geschlossene Kompromiss bedeutet für Ungarn dennoch, dass die Finanzhilfen nicht ohne jedweden Kontrollmechanismus an die Ukraine ausgezahlt werden – eine der Ausgangsforderungen Ungarns.



*Ministerpräsident **Viktor Orbán** (2. v. r.) am Verhandlungstisch mit **Ursula von der Leyen** (l.), Präsidentin der Europäischen Kommission, **Charles Michel** (2. v. l.), Präsident des Europäischen Rates, dem französischen Präsidenten **Emmanuel Macron** (3. v. l.), der italienischen Ministerpräsidentin **Giorgia Meloni** (3. v. r.) und dem deutschen Bundeskanzler **Olaf Scholz** (r.).*

Quelle: Charles Michel via X

Hängepartie über Schwedens NATO-Beitritt geht weiter

Im schwedischen Beitrittsprozess gab es vergangenen Monat neue Entwicklungen. jedoch nur wenig Bewegung. Das ungarische Parlament bleibt auch weiterhin eine Ratifizierung des schwedischen Beitrittsgesuchs schuldig, wohingegen sich das diplomatische Geplänkel unverändert fortsetzte. Noch am Dienstag, den 23. Januar 2024, hatte Viktor Orbán seinen schwedischen Amtskollegen, Ulf Kristersson, zu einem Treffen nach Budapest eingeladen, um den schwedischen NATO-Beitritt voranzutreiben. Eine Einladung, welche Kristersson jedoch ausschlug und am Donnerstag, den 25. Januar 2024, im schwedische Staatsfernsehen SVT andeutete, erst nach der Ratifizierung des schwedischen NATO-Beitritts durch das ungarische Parlament nach Budapest reisen zu wollen. Nach der letztlichen Zustimmung der Türkei, warb nun auch Orbán zum wiederholten Mal für den Beitritt Schwedens und bat das Parlament, die Schweden nicht länger warten zu lassen. Orbán sieht sich jedoch einer innerparteilichen Opposition gegenüber, welche, angeführt von Parlamentspräsident László Kövér, ein symbolisches Entgegenkommen der schwedischen Seite, für die ihrer Ansicht nach erfolgten Gängelungen Ungarns in den letzten Jahren einfordert. Kövér betonte, dass die schwedischen Politiker mit ihren Verunglimpfungen der Demokratie in Ungarn und der beständigen Anzweiflung der Legitimität der demokratisch gewählten Orbán-Regierung zu weit gegangen seien und zudem alle Gesten von ungarischer Seite geflissentlich ignoriert hätten. Einige der Fidesz-Abgeordneten empfinden diese Angriffe, welche ihnen in Teilen die demokratische Legitimität absprechen, auch als persönliche Angriffe und sehen in einem

Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten in Ungarn eine Respektserweisung und somit eine Minimalbedingung für ihre Zustimmung. Einen solchen „Gang nach Canossa“ scheint es von schwedischer Seite jedoch vorerst nicht zu geben.

Die ungarische Opposition hingegen unterstützt, mit Ausnahme der rechtsradikalen Mi Hazánk, den schwedischen NATO-Beitritt und rief am Montag, den 5. Februar 2024, eine Sondersitzung des ungarischen Parlamentes ein. Es war jedoch bereits im Voraus klar, dass die Nationalversammlung nicht beschlussfähig sein würde, da sich die über eine Zweidrittelmehrheit verfügenden Regierungsparteien seit Sonntagabend in einer mehrtägigen Klausurtagung in der westungarischen Stadt Sopron befinden. Dennoch nutzten die Oppositionsparteien die Gelegenheit, die Regierungsparteien, vor den anwesenden Botschaftern der USA, Niederlande, Norwegens, Dänemarks, Polens und der Slowakei, für ihr Fernbleiben und die Verschleppung des schwedischen Beitritts zu attackieren. In diesen Reihen stimmte bemerkenswerterweise auch die ehemals rechtsradikale Jobbik und späteres Mitglied des 2022er Oppositionsbündnisses „Gemeinsam für Ungarn“ mit ein, welche 2014 noch Wahlbeobachter zum Referendum über den Anschluss der Krim an Russland geschickt hatte. Ein baldiger Beitritt der Schweden zum Verteidigungsbündnis erscheint aufgrund der weiterhin festgefahrenen Situation zurzeit fraglich. Wie die überraschende Zustimmung der Türkei zum NATO-Beitritt Schwedens jedoch erkennen lässt, ist ein Kurswechsel jederzeit möglich.

Neues aus der ungarischen Innenpolitik

Ergebnisse der Nationalen Konsultation zum Schutz der Souveränität

Die Ergebnisse der jüngsten Nationalen Konsultation sind veröffentlicht worden. Die Konsultation wurde im November angekündigt, die Fragen wurden im Dezember bekanntgegeben. Für weiterführende Informationen konsultieren Sie gerne unsere Ausgaben vom [November](#) und [Dezember](#). An der Konsultation nahmen rund 1,5 Mio. Menschen teil und stimmten mit einer überwältigenden Mehrheit, je nach Frage zwischen 97-99 Prozent, dem jeweiligen Regierungsvorschlag zu. Die detaillierte Aufschlüsselung der Ergebnisse, in ungarischer Sprache, finden Sie [hier](#).

Die Oppositionsparteien stehen diesen Umfragen grundsätzlich ablehnend gegenüber und rufen ihre Unterstützer stets dazu auf, die Teilnahme an derartigen Konsultationen zu verweigern, sodass die sehr eindeutigen Ergebnisse im Wesentlichen den Wählerstamm der Regierungsparteien widerspiegeln. Allerdings organisierte die Opposition einen Protest gegen die diesjährige Nationale Konsultation. Die linksliberale Bewegung „aHang“ zu Deutsch „dieStimme“ organisierte mit Unterstützung eines breiten Bündnisses, bestehend aus den Oppositionsparteien MSZP, DK, Momentum, Párbeszéd und Jobbik sowie weiteren außerparlamentarischen Organisationen, eine Sammelaktion unausgefüllter Fragebogen. Den Organisatoren gelang es knapp 300.000 Fragebogen einzusammeln, womit sie verdeutlichen wollten, dass die Mehrheit der Ungarn nicht an der Nationalen Konsultation teilnehmen oder interessiert sei.

Vermögenserklärungen ungarischer Politiker für 2024 veröffentlicht

Im Januar wurde die jährliche Einkommens- und Vermögenserklärung der ungarischen Politiker veröffentlicht. Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes XXXVI. aus dem Jahr 2012

über die Erklärung der eigenen Vermögenswerte sind die ungarischen Parlamentsabgeordneten, Vertreter nationaler Minderheiten sowie die Fürsprecher der nationalen Minderheiten verpflichtet, aus Antikorruptions- und Transparenzgründen ihr Einkommen und Vermögen bis zum 31. Januar eines jeden Jahres offenzulegen. Zudem muss auch eine Erklärung über das Vermögen ihres Ehegatten oder Lebenspartners und der im selben Haushalt lebenden Kinder beigefügt werden. Aus der diesjährigen Vermögenserklärung geht hervor, dass das Vermögen von Viktor Orbán und seiner Frau im Vergleich zum Vorjahr um 4 Mio. Forint gesunken ist. Orbán und seine Ehefrau verfügen auf dem gemeinsam geführten Konto demnach über Geldwerte von knapp 26.000 Euro. Viktor Orbán ist zudem Eigentümer eines Einfamilienhauses in Felcsút und Mitbesitzer einer Wohnung im XII. Bezirk von Budapest. Darlehen gibt es keine.

Neue Vorsitzende von Momentum: Oppositionsbündnis 2022 regierungsunfähig

Die pro-europäische und liberale Oppositionspartei Momentum wählte am letzten Januarwochenende ihre neue Vorsitzende, die Europaabgeordnete Anna Donáth. In einem Interview mit dem ungarischen Nachrichtenportal Index sprach die designierte Vorsitzende über den Führungswechsel in der Partei, den Zustand der Oppositionskoalition und die Lehren aus der Wahlniederlage 2022. Donáth äußerte sich lobend zur Entscheidung des Ministerpräsidenten, die milliardenschweren Euro-Hilfen an die Ukraine auf dem EU-Sondergipfel zu bewilligen. Insbesondere aber gab sie Einblicke in den Zustand der ungarischen Oppositionsparteien im Vorfeld der anstehenden Kommunalwahlen. Auf den Vorschlag des Budapester Oberbürgermeisters Gergely Karácsony, nach dem die Parteien in der Hauptstadt auf einer gemeinsamen Liste antreten sollten, antwortete sie: „Dieser Zug ist bereits abgefahren.“ Mehrere Oppositionsparteien, darunter die LMP hätten deutlich gemacht, dass sie dies nicht wünschen würden. Donáth präferiere eine links-sozialdemokratische Liste aus MSZP und DK und eine liberal-grüne Liste aus Momentum und Párbeszéd, mit welcher sich die städtischen Wählerpotentiale maximieren lassen würden und dem grünen OB auch zukünftig eine Mehrheit sichern würde. Auf die Frage, was passiert wäre, hätten die Oppositionsparteien die Parlamentswahlen im Jahre 2022 gewonnen, antwortete sie, was sie am Wahlabend am meisten geschmerzt habe, sei gewesen, dass sie selbst geglaubt habe, dass diese Aufstellung funktionieren könne. Die Wählerinnen und Wähler hätten aber offenbar nicht geglaubt, dass sie regierungsfähig seien. Es habe sich im Nachhinein herausgestellt: Die Wähler hatten Recht. Hätten sie in dieser Aufstellung gewonnen, hätte es Chaos gegeben. Donáth fügte hinzu, dass die Politiker aus dem Scheitern bei den Wahlen 2022 lernen sollten, was sie auch getan hätten, weshalb Momentum den Wählern der Opposition ein neues, alternatives Angebot zur Zusammenarbeit unterbreite.

Ungarischer Rechtsstaat: Gesetz verfassungswidrig und Antifa-Terror-Urteil gefällt

Verfassungswidrig: Verfassungsgericht weist Gesetz des ungarischen Bauministers zurück

Das ungarische Verfassungsgericht hat ein von Bauminister János Lázár eingebrachtes Gesetz zur Verwaltung von Schlössern in Staatsbesitz durch private Hand annulliert. Besagtes Gesetz war zuvor von Staatspräsidentin Katalin Novák aufgrund mehrerer Bedenken in Hinblick auf die Normenkontrolle mit einem Veto belegt und an das Verfassungsgericht verwiesen worden. Das Gesetz sieht vor, staatliche Schlösser, die zum kulturellen Erbe gehören, vom Staat kostenlos an jede natürliche oder juristische Person übertragbar zu machen, sofern diese

bestimmte, im Gesetz festgelegte Verpflichtungen eingehet. So verbietet es die Veräußerung oder Hypothekenbelastung des unentgeltlich übertragenen Eigentums für einen Zeitraum von 99 Jahren ab dem Zeitpunkt des Erwerbs. Die Staatspräsidentin hatte angemahnt, dass der Entwurf gegen das Erfordernis der Rechtssicherheit und der Klarheit verstoßen würde und einige Bedingungen nicht mit den Bestimmungen des Grundgesetzes über die Übertragung nationalen Eigentums vereinbar seien.

Die Sachentscheidung des Verfassungsgerichtes stützte nun diese Auffassung und annullierte sämtliche Passagen, die für verfassungswidrig befunden worden waren, so auch einen Teil der Präambel, der die relevante Rolle privater Akteure bei der Verwaltung von kulturellem Erbe hervorhob. Die hohen Richter sahen keine Bemühungen des Gesetzgebers, diese öffentlichen Ziele auf andere Weise anzustreben. Die Übergabe von Nationaleigentum in private Hände müsse ferner durch Garantien abgesichert werden, die den Schutz des wertvollen Vermögens vor Missbrauch sicherstellen würden. Die allgemeine Verfügung der Norm, das Eigentum kostenlos zu übergeben, sei weiter unhaltbar. Auch verstoße die geplante eigenständige Entscheidungsbefugnis des Ministers bei Vermögenübertragungen – sogar an ausländische Privatpersonen oder Wirtschaftsgesellschaften – ohne eine Verkündung von Ausschreibungen gegen den Grundsatz der Transparenz. In einem weiteren Punkt wurde die 99-jährige Frist kritisiert, über deren Zeitpunkt hinaus die staatliche Kontrolle im Auftrag des öffentlichen Interesses erlöschen könnte. So müsste der Staat, um dies zu verhindern, womöglich am Ende die Schlösser mittels Vorkaufrechts zurückerwerben. Das Verfassungsgericht kam daher zu dem Schluss, dass die angefochtenen Bestimmungen des Gesetzes verfassungswidrig seien und dass das Gesetz daher nicht verkündet werden dürfe.

Erstes Urteil im Antifa-Terror-Prozess – Protest aus Italien

Am Montag, den 29. Januar, fiel vor dem Budapester Gerichtshof das Urteil gegen einen Deutschen im Zusammenhang mit den gewaltsamen Antifa-Terroranschlägen vom Februar 2023. Damals hatten organisierte und bewaffnete linksextreme Schlägertruppen mehrere Tage wahllos Menschen im Budapester Stadtgebiet angegriffen, die sie vermeintlich als rechtsextrem identifiziert hatten. Einziger Anhaltspunkt der Täter war der Kleidungsstil der Opfer, der sogenannte Militärstil gewesen. So wurde ein halbes Dutzend willkürlich ausgewählter Personen krankenhaushausreif geprügelt – unter diesen auch drei polnische Touristen. Der 30-jährige deutsche Tobias Edelhoff war der einzige Angeklagte des Prozesses gewesen, der gegenüber der ungarischen Staatsanwaltschaft seine Schuld zugab und demgemäß auf sein Verhandlungsrecht verzichtete, sodass das Gericht das Urteil in seinem Fall unverzüglich fällen konnte. Edelhoff wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und gleichzeitig wegen der „Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung für fünf Jahre aus Ungarn ausgewiesen“, so der Urteilsspruch. Ungarischen Medien zufolge sei er ein Ausbilder der linksextremen sächsischen und thüringischen „Hammerbande“. Diese führende Rolle wirkte erschwerend auf seine Beurteilung, zugutekam ihm hingegen seine Geständigkeit sowie sein leeres Vorstrafenregister. Das Urteil in erster Instanz ist noch nicht rechtskräftig. Bis zur Verkündung bleibt Edelhoff aufgrund von Fluchtgefahr in Haft. Er legte Berufung gegen das Urteil ein, da es seiner Auffassung nach zu hart ausfalle. Eine Strafverschönerung könnte frühestens nach Ableisten von zwei Dritteln der Haftstrafe gewährt werden.

Gegen die beiden Mitangeklagten, die 26-jährige Deutsche, Anna Christina Mehwald, sowie die 39-jährige Italienerin, Ilaria Salis, wird die Gerichtsverhandlung über Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung und versuchte lebensgefährliche Körperverletzung im Mai mit der

Beweisaufnahme fortgesetzt. Das Gericht bewertet die Angeklagten als „junge Menschen, die mit linksextremen Ideologien sympathisieren und mit gewalttätigen Attacken ihren ideologischen Kampf gegen Anhänger der Rechtsextremen führen, die militanten nationalsozialistischen, faschistischen Idealen folgen.“ Die Angreifer hätten die „erklärte Absicht, ihren Opfern schwere, lebensgefährliche Verletzungen zuzufügen, um damit abschreckende Beispiele für die rechtsextreme Szene zu statuieren.“ Die Bandenmitglieder hätten sich ferner mit speziellen Trainings auf ihre Angriffe vorbereitet. Die Staatsanwaltschaft plädiert – sollten sich die Angeklagten geständig zeigen – auf 11 Jahre im Falle der Italienerin, welcher mehrere gewaltsame Attacken zur Last gelegt werden können, bzw. 3,5 Jahre im Falle der Deutschen.



*Europaabgeordneter **Tamás Deutsch** (Fidesz) auf der Pressekonferenz in Straßburg mit Fotos der zugerichteten Opfer der linksextremen Gewalttaten vom Februar 2023. Bildunterschrift: „Wir fühlen mit den Opfern!“*

Quelle: Tamás Deutsch via Facebook

In den deutschen öffentlich-rechtlichen Medien wurden im Zuge des Verfahrens trotz der Faktenlage der ungarische Rechtsstaat und die Wahrung der Menschenrechte infrage gestellt. Der MDR berichtete fälschlicherweise, die Attentäter hätten „Teilnehmer einer rechtsextremen SS-Gedenkveranstaltung“ angegriffen, die zeitgleich in Budapest stattgefunden hatte. Auch linke Medien solidarisierten sich teils mit den Tätern und dem Aufruf ihrer Eltern, ihre „Kinder“ nicht an die ungarische Justiz auszuliefern. Fälschlich wird in diesen ebenfalls über einen Angriff auf ein „Neonazi-Treffen“ berichtet. Auch die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni setzte sich auf Druck der italienischen öffentlich-rechtlichen und linken Medien für die mutmaßliche Linksterroristin Salis – im übrigen Grundschullehrerin – ein. Ministerpräsident Orbán schilderte seiner Amtskollegin die Umstände von Salis Inhaftierung und versicherte, dass sie in Ungarn ein korrektes Verfahren erwarte.

Gesundes und zukunftsgerichtetes Ungarn – Ernährung, Gesundheit, Umweltschutz

Ziele zur Verringerung von Lebensmittelverschwendung

Zsolt Feldman, Staatssekretär für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Agrarministerium, präsentierte auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen des Welternährungs- und Landwirtschaftsforums zum Thema Lebensmittelverschwendung die ungarischen Erfolge und Ziele bei der Bekämpfung dieses Problems. Am Podium nahmen Vertreter afrikanischer, asiatischer und europäischer Länder teil. In seiner Rede wies Feldman darauf hin, dass Ungarn das Ziel der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung unterstütze, wonach die Lebensmittelverschwendung im Einzelhandel und bei den Verbrauchern bis 2030 zu halbieren sei. Ungarn habe in den letzten sieben Jahren seine jährliche Pro-Kopf-Lebensmittelverschwendung um 27% reduzieren können. Dieses Ergebnis sei dem Programm „Maradéknélkül“ (Restlos) zur Sensibilisierung und Lebensmittelabfallvermeidung zu verdanken. Die ungarische Initiative hatte 2023 einige internationale Auszeichnungen gewonnen, darunter als eines der drei besten EU-Umweltprogramme. Darüber hinaus würde man weitere Maßnahmen zur Vermeidung und Reduktion von Lebensmittelabfällen im gewerblichen Sektor verfolgen. Die Verringerung der Lebensmittelverschwendung sei nämlich nicht nur in den Haushalten und im Einzelhandel, sondern auch im Produktionssektor von entscheidender Bedeutung, betonte er. Das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums wiederum fördere gezielt technologische Entwicklungen in den Bereichen Kühllagerung, Nacherntetechnologien sowie Lagerungs-, Reinigungs- und Trocknungsanlagen für Getreide, was zur Verringerung von Verlusten in der Lebensmittelkette beitrage und den Ackerbauern zugutekomme. „Das Landwirtschaftsministerium wird dem Kampf gegen die Lebensmittelverschwendung auch bei der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2024 Priorität einräumen. Dabei werden wir dem Wissenstransfer, dem Erfahrungsaustausch und der Weiterentwicklung von Forschungsk Kooperationen besondere Aufmerksamkeit schenken“, so der Staatssekretär.

Maßnahmen für gesunden Lebenswandel und mehr Bewegung von Kindheit an

Der Lebensstil sei in erster Linie dafür verantwortlich, dass die Lebenserwartung in Ungarn 4-4,5 Jahre unter dem EU-Durchschnitt liege. Deshalb unterstütze die Regierung die Umsetzung des Programms „Aktív Magyarország“ (Aktives Ungarn), so der ungarische Kanzleramtsminister Gergely Gulyás auf einer Konferenz Ende Januar. Neben staatlichen Subventionen werde auch die Produktsteuer zur Volksgesundheit (NETA) für die Umsetzung des Programms verwendet. Diese Steuer wird in Ungarn auf den Konsum „nicht nützlicher“ ungesunder Lebensmittelprodukte wie etwa Chips oder Softdrinks erhoben, die der öffentlichen Gesundheit nicht zuträglich sind. Der Höchstbetrag dieser Steuer könnte, laut Gulyás, bis zu 8 Mrd. Forint betragen. Weiter wies er darauf hin, dass die Fortschritte und Errungenschaften der technischen Revolution gerade für junge Menschen schädliche Konsequenzen nach sich zögen, da statistisch die Jüngsten rund fünf Stunden ihrer Freizeit pro Tag vor dem Computer oder Smartphone verbrächten, anstatt aktiv zu sein: „Die Menschen müssen motiviert werden, sich zu bewegen, und genau darum geht es bei dem Programm der Regierung, das Bürgerinitiativen bündelt.“ Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge werden nämlich nur 18 Prozent der Lebenserwartung durch das Funktionieren des Gesundheitssystems beeinflusst, während unter anderem ganze 37 Prozent auf den Lebensstil zurückzuführen sind. Der Gesundheitszustand der Männer sei dabei besonders schlecht, wie die Tatsache zeige, dass es in Ungarn nach dem

Zweiten Weltkrieg 600.000 Witwen gegeben habe, heute hingegen seien es 840.000. In diesem Sinne also sei die nationale Strategie entwickelt worden, die Menschen wieder in Bewegung zu bringen, für die in den nächsten Jahren neben Mitteln aus dem Staatshaushalt und der NETA auch 65 Mrd. Forint an EU-Mitteln zur Verfügung gestellt werden sollen. In Zukunft sollen im Rahmen des Programms unter anderem Ärzte ihren Patienten Bewegung verschreiben können, Verbraucherprogramme aufgelegt werden und der Bau von Sportanlagen finanziert werden. Im Rahmen des Teilprogramms „Sport 43“ soll ab nächstem Schuljahr 100.000 Kindern außerschulischer Sportunterricht angeboten, Schulwanderausflüge gefördert und Klassenfahrten für benachteiligte Kinder unterstützt werden. Bereits 70.000 Kinder hätten überdies bisher an Wanderfreizeiten teilgenommen. Man beachtete außerdem, die Kinder zu ermutigen, mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule zu fahren. In 50 Stadtparks sollen Orientierungslaufstrecken angelegt werden, 4.000 Pädagogen, die in Schulen in Wassernähe arbeiten, wolle man Wassersportangebote zur Verfügung stellen. In diesem Jahr sollen weitere 18.000 Schüler zu Wanderfreizeiten mitgenommen werden, zu denen die betreuenden Lehrkräfte pro Turnus ein zusätzliches Bruttogehalt von 130.000 Forint erhalten sollen.

Für mehr und billigeren öffentlichen Verkehr: Vereinheitlichung des Tarifsystems im Regional- und Fernverkehr

Ab März 2024 wird ein landesweit neues Tarifsystem für den staatlichen Regional- und Fernverkehr eingeführt, wie Verkehrsminister János Lázár zu Beginn des Monats Januar in Debrecen bekanntgab. Von 65 bisherigen Zeitkarten werden in Zukunft nur noch 22 verbleiben, die einheitlich einen 50-prozentigen Rabatt auf die normalen Fahrpreise bieten. Tagedickets innerhalb eines Komitats etwa werden 990 Forint, landesweite Tagedickets 4.990 Forint kosten. Senioren über 65 werden weiterhin kostenlos reisen. Neu dazu kommen alle Kinder unter 14 Jahren, weiterhin jener Personenkreis, der bisher mit 90-prozentiger Vergünstigung reiseberechtigt war (bspw. Behinderte, chronisch Kranke, Großfamilien). Auch diese werden zukünftig umsonst fahren können. Darüber hinaus sollen Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr sowie Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sich für Vergünstigungen von 50% registrieren können. Rentner unter 65 Jahren werden die neuen Komitats- und Landestickets ebenfalls vergünstigt erwerben können. Derzeit arbeite man im Dialog mit der Hauptstadt Budapest überdies daran, eine Kompatibilität zwischen den Geltungsbereichen der städtischen Nahverkehrstickets sowie der regionalen und nationalen Fahrkarten herzustellen. Auch in der östlichen Großstadt Debrecen solle das Infrastrukturangebot mit Fördergeldern ausgebaut werden. Ferner gedenke man dort, die kostenlose Fahrtmöglichkeit für Kinder unter 14 Jahren auch im Stadtgebiet für all jene Kinder einzuführen, die eine Erziehungs- oder Bildungseinrichtung besuchen, so der Oberbürgermeister.

Ungarn gedenkt Opfern des Roten Terrors und Vertreibung der Ungarndeutschen

Am 14. Januar gedachte der Parlamentsabgeordnete der Ungarndeutschen, Emmerich Ritter, auf einer Gedenkveranstaltung in Sebegin (ung. Zebegény) im Beisein des parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium, Bence Rétvári, den Opfern des Roten Terrors und der Verschleppung in die Zwangsarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg (Malenkij Robot) seitens der Sowjetunion. Die Deportation mehrerer Hunderttausend Frauen und Männer für mehrere

Jahre, von denen viele infolgedessen in der Fremde verstarben und bis heute in unbekanntem Gräbern liegen, werde immer in der Erinnerung des ungarischen Volkes bleiben, so der Staatssekretär. Die sowjetischen Deportationen in Ungarn wandten sich gegen alle deutschstämmigen Männer im Alter von 17 bis 44 sowie Frauen im Alter von 18 bis 30, trafen aber ferner auch all jene Menschen, die sich den sowjetischen Besatzern und den Kommunisten in den Weg zu stellen trauten. Ein einfacher Polizeibeschluss sei bereits ausreichend gewesen, um eine unliebsame Person in den Gulag zu verschleppen. Diese Erfahrung, so der Staatssekretär weiter, solle die Menschen heutzutage in Angesicht des Krieges lehren, dass keine bessere Lösung als die Suche nach Frieden existiere. Ritter lobte die gesetzlich garantierten Autonomierechte insbesondere im lebendigen Bildungs- und Kulturwesen und blickte in die Zukunft der ungarndeutschen Gemeinden: „Damit die deutsche Gemeinschaft eine Zukunft hat, muss sie nach vorne schauen und sich im Klaren sein, dass noch viele Aufgaben von historischer Tragweite auf sie warten.“

Am 19. Januar wurde ferner der offizielle nationale Gedenktag zu Ehren der Opfer der Vertreibung und Verschleppung der Ungarndeutschen aus ihrer ungarischen Heimat begangen. Ibolya Hock-Englender, Vorsitzende der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen mahnte: „Mit dem ersten Zug gedemütigter, ihrer Rechte und ihres Vermögens beraubter deutschstämmiger ungarischer Staatsbürgerschaft am 19. Januar 1946 ließ jenes Land die Menschen im Stich, das von ihnen Jahrhunderte zuvor zu ihrer Wahlheimat erklärt wurde.“ Wie bereits die Züge, die die Ungarndeutschen ab 1945 in den Sowjet-Gulag gesendet hatten, sollten auch auf den ersten Zug voller Zwangsumgesiedelter und Heimatvertriebener im Jahre 1946 viele weitere folgen. Staatssekretär im Ministerpräsidentenamt, Miklós Soltész, betonte eindrücklich: „Jede kollektive Bestrafung ist vollkommen inakzeptabel.“ Es sei in der heutigen Welt an der Zeit, endlich den Lebenswillen und die eigenständige Kultur anderer Völker und Nationen anzuerkennen. Die Ungarn würden mit den Deutschen, Slowaken, Rumänen, Serben und allen anderen Nationen Mittelosteuropas ausdrücklich in friedlicher Eintracht leben wollen.

Demographie: Geburtenzahlen 2023 erreichen historischen Tiefpunkt

Das Ungarische Zentralamt für Statistik (KSH) veröffentlichte im Januar seine Zahlen zur ungarischen Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2023. Diesen zufolge wurden im letzten Jahr insgesamt 85.200 Babys geboren. Dies stellt einen historischen Tiefstand in der gemessenen Geschichte Ungarns dar – noch nie zuvor war die Anzahl der geborenen Kinder so gering. Im Jahr zuvor, 2022, waren 88.491, also knapp 3.300 Kinder mehr geboren worden (-3,7%). Selbst der bis dato geburtenschwächste Jahrgang 2011 wies mit 88.050 Geburten 2.850 Kinder mehr auf als 2023. Der Trend zeigt weiter bergab: Noch in den 90er-Jahren nach der Systemwende zählte Ungarn durchschnittlich 115.000 Kinder, im vergangenen Jahrzehnt erblickten nur noch rund 90.000 das Licht der Welt. Auch die Fertilitätsrate (Anzahl der Geburten pro Frau) fiel im zweiten Jahr in Folge auf 1,50 zurück, nachdem sie bis 2021 einen zwischenzeitlichen Höchststand von 1,59 erklommen hatte. Nichtsdestotrotz stellt jener Wert weiterhin einen der besten dieses Jahrtausends dar. Dennoch steht Ungarn vor dem Problem, die sinkende Bevölkerungszahl durch immer weniger Mütter im gebärfähigen Alter aufhalten zu müssen. Dem wollen sich die Regierungsparteien mit einer umfangreichen und großzügigen Familienpolitik in den Weg stellen. Einen Hoffnungsschimmer mag die sinkende Zahl der Sterbefälle bieten (127.200 Personen), welche 2023 mit 7% noch deutlicher als in

den Jahren zuvor abnahm. Dadurch verringert sich der ungarische Bevölkerungsschwund im Vorjahresvergleich um 12% oder 6.000 Personen auf 42.000. Doch auch die Zahlen der Eheschließungen, die in den letzten Jahren deutlich gestiegen waren, prognostizieren derzeit wieder schwierigere Zukunftsaussichten. Im vergangenen Jahr brachen sie um 22% auf 50.150 Hochzeiten ein. Das KSH benennt die aktualisierte Bevölkerungszahl Ungarns nach den neuesten Daten mit 9,58 Mio. Menschen.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Am **17. Januar 2024** fand der erste Online-Vortrag der Reihe „Deutschland und Ungarn im Gespräch“ in diesem Jahr statt, die gemeinsam mit der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland organisiert wird. Die stellvertretende Staatssekretärin für Entwicklung europäischer Beziehungen, **Krisztina VARJU**, hielt einen Vortrag zum Thema „**Ungarns Europapolitik und die anstehende EU-Ratspräsidentschaft**“. Durch die Veranstaltung führten **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen-Instituts für Europäische Zusammenarbeit, sowie **Dr. Gerhard PAPKE**, Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und Landtagsvizepräsident Nordrhein-Westfalens a.D.

Am **22. Januar 2024** war **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen-Instituts für Europäische Zusammenarbeit, auf Einladung von **Prof. Dr. Oliver W. LEMBCKE**, Professor für Politikwissenschaft, an der **Ruhr-Universität Bochum**, wo er einen Vortrag über „Das ungarische Wahlrecht“ hielt. Der einstündige Vortrag vor Studenten der Politikwissenschaft verglich das alte ungarische Wahlrecht zwischen 1990 und 2010 mit dem neuen Wahlrecht der Wahlrechtsreform 2011/13 in Theorie und Praxis.

Zwischen dem **24. Januar und dem 27. Januar 2024** reiste das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit mit einer ungarischen deutschsprachigen Studentengruppe auf eine **Studienfahrt in die österreichische Hauptstadt Wien**. Dort lernten die Studenten und Studentinnen über mehrere Tage das politische, akademische und kulturelle Leben der Metropole kennen und erhielten ferner Einblicke in die internationale Politik. Höhepunkte der Reise bildeten der Besuch des Nationalrats, der Vereinten Nationen sowie der Modul Universität. Einen ausführlichen Bericht der Studenten finden Sie in Kürze auf unserer Homepage.

Am **5. Februar 2024** eröffnete das Deutsch-Ungarische Institut offiziell sein Veranstaltungsjahr 2024 mit der Buchvorstellung und Podiumsdiskussion „**Ungarn ist anders**“, auf der der gleichnamige erste Band der neuen Buchreihe „**Beiträge zur Deutsch-Ungarischen Verständigung**“ präsentiert wurde. Das Buch fasst in 24 Artikeln des Autors, Direktor **Bence BAUER**, wichtige Spannungsfelder und prägende Faktoren Ungarns, Deutschlands und der gemeinsamen Beziehungen innerhalb Europas zusammen. Das Grußwort wurde von **Zoltán SZALAI**, Generaldirektor des MCC, gehalten. Herausgeber des Bandes, **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Professor für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der TU Chemnitz und Visiting Fellow des DUI, stellte das Buch vor. Im Rahmen der Veranstaltung wurden auch die neuen Visiting Fellows des Instituts für das erste Halbjahr 2024 vorgestellt. Neben Prof. Kroll sind dies **Prof. Dr. Reinhard MERKEL**, Professor emeritus für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg, und **Prof. Dr. Michael SOMMER**, Professor für Alte Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (s. Bild u.). Den ausführlichen Bericht lesen Sie [hier](#).



Am **7. Februar 2024** hielt **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Professor für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der TU Chemnitz und Visiting Fellow des Deutsch-Ungarischen Instituts, im **MCC Veszprém** einen Vortrag mit dem Titel „**Was hält Europa zusammen? Gegenwart und Zukunft konservativer Politik in Europa**“. Der Vortrag fragte zunächst nach den historischen Gründen und Ursachen für die Marginalisierung konservativer Positionen in Deutschland. Im Weiteren beleuchtete er Unterschiede in der politischen Kultur anderer europäischer Länder. Es wurde verdeutlicht, dass die drei europäischen Großregionen – der Westen, die Mitte und der Osten Europas – stark voneinander abweichende konservative Denktraditionen aufweisen und die Frage aufgeworfen, ob und wie die Europäer in Zukunft einen gemeinsamen Weg gehen können. Einen Bericht finden Sie bald auf unserer Webseite.

Bevorstehende Veranstaltungen

Am **8. Februar 2024** wird Direktor **Bence BAUER** bei **Prof. Dr. Michael GEHLER**, Professor für Geschichte, vor Studenten der **Universität Hildesheim** einen Vortrag mit dem Titel „**Vom Ersten Weltkrieg zur Gegenwart: Ungarn einmal anders gesehen**“ halten. Der Vortrag beleuchtet die prägenden Schlüsselmomente und Wendepunkte der letzten 100 Jahre ungarischer Geschichte.

Am **20. Februar 2024** um **17:00 Uhr** wird in der ungarischen Botschaft in **Berlin** eine Buchvorstellung des Werkes „**Ungarn verstehen**“ von und mit **Prof. Dr. Werner J. PATZELT**, Forschungsdirektor am MCC Brüssel stattfinden. Die Podiumsdiskussion leitet **Alexander MARGUIER**, Chefredakteur des Cicero. Die Anmeldung ist bis zum 10. Februar 2024 unter diesem [Link](#) möglich.

Den ersten Gastvortrag in Ungarn wird **Prof. Dr. Peter NITSCHKE**, Professor für Politikwissenschaft der Universität Vechta am **21. Februar 2024** um **17:00 Uhr** am **MCC Debrecen** halten. Thema der Veranstaltung ist „**Demokratie in Gefahr – Selbstgefährdung durch radikalisierte Gesellschaftsdiskurse**“. Weitere Informationen finden Sie bald auf der Seite des MCC Debrecen.

Am **27. und 28. Februar 2024** wird **Prof. Dr. Roland WÖLLER**, sächsischer Staatsminister a.D., jeweils einen Vortrag zum Thema „**Bildung – Die Währung der Zukunft**“ am **MCC Budapest** und **MCC Szeged** halten. Weitere Informationen finden Sie in Bälde auf der Seite des MCC Szeged.

Am **6. und 7. März 2024** wird **Prof. Dr. Tilman MAYER**, Professor für Politikwissenschaft der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, mit einem Vortrag zum Thema „**Deutschland – ein historisches und politisches Experimentierfeld?**“ folgen. Der Vortrag wird am **MCC Budapest** und am **MCC Szekszárd** um jeweils **17:00 Uhr** gehalten. Einen Anmeldelink für die Budapester Veranstaltung finden Sie in Kürze auf unserer Webseite. Weitere Informationen finden Sie des Weiteren bald auf der Seite des MCC Szekszárd.

Veröffentlichungen

In seinem Artikel „**Ungarn auf festem Wertefundament**“ skizziert **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, die zunehmende Identitätskrise Europas, welche er mit dem ungarischen Wertekanon konterkariert. Der Text basiert auf einer Rede, die der Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit auf der Weihnachtsveranstaltung des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) am 11. Dezember 2023 in Berlin gehalten hat. Den Artikel, veröffentlicht in der **Budapester Zeitung**, finden Sie [hier](#).

Im Artikel „**Krise und Comeback**“ analysiert **Philipp SAJTHY**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am DUI, gemeinsam mit **Bence BAUER**, Direktor des DUI, die Entwicklung des bürgerlichen Lagers in Ungarn. Auf die große Sinnkrise der Bürgerlichen zu Beginn der 2000er Jahre folgte ein kometenhafter Aufstieg bis 2010. Die richtigen Schlüsse aus der damaligen Lage ebneten der stärksten bürgerlichen Regierung in Europa den Weg, so die Autoren. Den gesamten Artikel finden Sie auf der [Webseite](#) der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**.

Besuchstipp



Luftaufnahme des Budapester Stadtwäldchens (Quelle: ligetbudapest.hu)

Der Budapester Stadtpark, unweit des Heldenplatzes, bietet dem interessierten und kulturrainen Besucher eine Vielzahl an Kulturangeboten. Im Rahmen des ambitionierten Liget-Budapest-Projekts, welches den großen zentralen Stadtpark revitalisieren sollte, sind eine Vielzahl von Museen eingerichtet oder renoviert worden. Darunter die Renovierung des Museums der Schönen Künste, die Neugestaltung des Museums für Völkerkunde oder das neugebaute Haus der Musik. Der am Ende des Andrassy-Boulevards gelegene Heldenplatz mit seinem imposanten Millenniumsdenkmal sowie der unweit gelegene weitläufige Stadtpark mit der Burg Vajdahunyad und dem Széchenyi-Heilbad laden zudem dazu ein, einen angenehmen Tag im grünen Herzen der ungarischen Hauptstadt zu verbringen.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu